

Generalsekretär Volker Rühle:

Zuzahlung  
bei Arzneimitteln  
entschärft.  
Seite 7

# Ein Signal an Jugend und Frauen

Mit den Personalentscheidungen, die durch den Rücktritt von Lothar de Maizière notwendig geworden sind, begann Generalsekretär Volker Rühle auf einer Pressekonferenz seinen Bericht über die Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 23. September im Konrad-Adenauer-Haus:

Der Parteivorsitzende hat Lothar de Maizière noch einmal für seine Arbeit gedankt und dem Präsidium und Bundesvorstand seine Vorschläge gemacht, die alle ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen worden sind: Sie betreffen Angela Merkel für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Christine Lieberknecht für das Präsidium der Partei — diese Nachwahlen sollen auf dem Dresdener Parteitag vollzogen werden — sowie

(Fortsetzung auf Seite 3)



Angela Merkel, vorgeschlagen für das Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

## Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens

Im Vordergrund  
stehen  
Rat und Hilfe

Begründung zum Kommissions-Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dazu die wichtigsten abweichenden Regelungen im Entwurf der Initiativegruppe um den CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Werner. **Grüner Teil**



## Platten-Hochhäuser im Osten sanierungsfähig

Die Plattenbauten in der ehemaligen DDR sind besser als ihr Ruf. Im Durchschnitt sei der Zustand der Platten, die Fachleute „Großtafeln“ nennen, sogar etwas besser als in Westdeutschland, sagte Prof. Erich Cziesielski auf dem „Bauphysikkongreß 91“ in Berlin. Die Stahlbewehrung der Platten sei effektiver als im Westen geschützt worden, so daß Korrosionsprobleme später aufträten.

## Millionen-Spritze für Naturschutz in Ost- und Westdeutschland

Die EG stellt bis 1994 für Naturschutzmaßnahmen in Deutschland 6,44 Millionen Mark bereit, von denen allein 6,15 Millionen Mark in die Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern fließen.

Wie Umweltminister Klaus Töpfer in Bonn erläuterte, sind die Mittel für die Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ und „Müritz“ sowie für Gebiete an der Unterhavel und zur Erhaltung von Weißstorchvorkommen im nordrhein-westfälischen Kreis Minden-Lübbecke vorgesehen.

In den beiden Nationalparks brüten 30 EG-weit gefährdete Vogelarten. Dazu gehören vor allem See- und Schreiadler, die auf der Liste der in Europa vom Aussterben bedrohten Arten stehen.

## Nachrichten aus den neuen Ländern

### Arzneimittelwerk Dresden will auf westdeutschen Markt

Mit dem erstmaligen Vertrieb eines Präparates in den alten Bundesländern will die Arzneimittelwerk Dresden GmbH eine Marktoffensive starten und die nach eigenen Angaben insgesamt günstige Wirtschaftsentwicklung fort-

setzen. Das in Lizenzproduktion hergestellte Präparat gegen Magenübersäuerung soll den Vorreiter für weitere Medikamente spielen, mit denen pro Jahr ein Umsatz von 30 bis 50 Millionen DM in den alten Bundesländern erwartet wird. Der Umsatz des nach eigenen Angaben umsatzstärksten Pharmaunternehmens Ostdeutschlands betrug im zweiten Halbjahr 1990 nahezu 302 Millionen DM, davon 166 Millionen DM in den neuen Bundesländern. Insgesamt ist mit der Herstellung von 127 Arzneimitteln ein Jahresüberschuß von 39,4 Millionen DM erwirtschaftet worden.

### Oetker-Gruppe wird bis 1994 356 Millionen DM investieren

*Zum Schluß noch ein Wort zu unseren Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Der Industrie wird immer wieder vorgeworfen, sie profitiere von den neuen Märkten, betrachte sie aber vornehmlich als Absatzgebiet, nicht als Investitionsschwerpunkt. Deshalb werde die Situation immer ungünstiger oder unerträglicher. Dies, meine Damen und Herren, stimmt nicht. Es stimmt nicht gesamtwirtschaftlich ... Und es stimmt schon gar nicht in Bezug auf die Oetker-Gruppe. Wir werden bis Ende 1991 in den konsolidierten und nicht-konsolidierten Geschäftsbereichen insgesamt 122 Mio DM in Sachinvestitionen geleistet haben. Weitere 30 Mio DM sind als Marktinvestitionen in die neuen Bundesländern geflossen. Mit diesen Maßnahmen hat die Oetker-Gruppe 1.600 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen. Die Arbeitsplatzeffekte bei Zulieferern sind dabei nicht berechnet. Mittelfristig, d.h. bis 1994, haben wir ein Investitionsvolumen von weiteren 204 Mio DM für den östlichen Teil Deutschlands vorgesehen. Damit würden insgesamt 356 Mio DM investiert. Die Schwerpunkte werden dabei von unseren Unternehmen Dr. August Oetker Nahrungsmittel KG, Binding-Brauerei bzw. Berliner Kindl und Meyer & Beck gesetzt. Allein bei der Binding-Brauerei werden finden 1.000 Mitarbeiter in den neuen Bundesländern Lohn und Arbeit.*

**Aus der Rede von August Oetker auf der Bilanz-Presskonferenz der Oetker-Gruppe am 3. September 1991**



# Überforderung durch massenhaften Mißbrauch des Asylrechts

(Fortsetzung von Seite 1)

zur Vorsitz der Grundsatzprogramm-Kommission Rainhard Göhner.

Bei diesen Vorschlägen handelt es sich um Kolleginnen und einen Kollegen, die eine Drei als erste Zahl in ihrem Lebensalter haben: Das ist ein deutliches Signal an die junge Generation und an die Frauen. An der einhelligen Zustimmung zu diesen Vorschlägen können Sie spüren, daß die Partei diese Signale voll unterstützt.

Wir haben uns mit der Situation in Hoyerswerda und der Asyldebatte beschäftigt. Der Vorstand hat die Vorkommissionen, die Gewaltanwendungen und die Einschüchterungen aufs Schärfste verurteilt.

Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um diese Zeichen von Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Es ist aber auch deutlich geworden, daß es in Hoyerswerda zu einer Überforderung der Belastbarkeit der Bevölkerung gekommen ist. Damit sind nicht die Gewalttäter gemeint, deren Verhalten nur abgelehnt werden kann. In Hoyerswerda und anderswo gibt es aber deutliche Symptome für eine Überforderung der Bevölkerung durch den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts, und deswegen ist es notwendig, daß wir bei dem Spitzengespräch in dieser Woche zu den notwendigen Entscheidungen kommen.

Ich darf noch einmal sagen, worum es uns geht: Gerade nach den Erfahrungen des Dritten Reiches, als bis zu einer Million Deutsche politisches Asyl gefunden haben, wodurch vielen das Leben gerettet wurde, ist es uns wichtig, daß es dabei

bleibt: Jeder, der wirklich politisch verfolgt ist und nach Deutschland kommt, findet auch Aufnahme bei uns.

Aber gerade auch durch den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts wird der Konsens, der in dieser Frage besteht, bedroht. Und wenn Bilder, wie die von Hoyerswerda, die aus dieser Situation heraus entstehen, in die Welt gehen, dann schadet das dem Bild der Deutschen in der Welt.

Deswegen muß gehandelt werden, und zwar in drei Richtungen:

- Bewerber, die aus sogenannten Nichtverfolgerstaaten kommen, müssen abgewiesen werden können, ohne daß es zu einem förmlichen Verfahren kommt;
- Menschen, die von sich behaupten, sie seien politisch verfolgt, und die schon durch ein anderes Land gekommen sind, in dem sie Freiheit und Sicherheit hätten finden können, sollen sich eben nicht à la carte Deutschland aussuchen dürfen,
- und wir müssen zu einer Harmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft kommen. Das heißt: Wer etwa in Frankreich in einem ordnungsgemäßen rechtsstaatlichen Verfahren abgewiesen worden ist, der kann nicht ein neues Verfahren in Deutschland bekommen und umgekehrt.

Das ist notwendig, wenn wir es mit der Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft und der Harmonisierung ernst meinen.

Was endlich die Pflegeversicherung betrifft, haben wir die Vorarbeiten beraten, die in der Partei von einer Kommission unter Norbert Blüm und in der CDU/CSU-Fraktion unter Heiner Geiß-



## Bundesregierung verurteilt die Übergriffe auf das Schärfste

**Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erklärte zu den gewalttätigen Ausschreitungen in Hoyerswerda und in anderen Orten am vergangenen Wochenende: Die Bundesregierung verurteilt die brutalen Übergriffe auf das Schärfste.**

Große Teile in der Bevölkerung sind besorgt über den massenhaften Zuzug von Asylbewerbern. Die Politiker in Bund und Ländern müssen deshalb baldmöglichst zu einem Ende der Asyldebatte kommen und den Mißbrauch des Asylrechts beseitigen.

Eine weitere Beunruhigung bei den Bürgern ist nicht länger hinnehmbar. Sie wird vor allem von solchen Kräften genutzt, die Haß und Gewalt

gegenüber Ausländern in Deutschland säen wollen.

Die Bundesregierung wird es nicht dulden, daß rechtsextremistische und neonazistische Schlägertrupps fremdenfeindliche Aktionen und schlimme Gewalttaten begehen. Es darf nicht geschehen, daß Menschen an Leib und Leben zu Schaden kommen.

Die Politik der Bundesregierung bleibt darauf gerichtet, die Ausländern gegenüber aufgeschlossene Grundhaltung der deutschen Bevölkerung zu bewahren und Ausländerfreundlichkeit zu erhalten. Ich habe deshalb kein Verständnis für Sympathieäußerungen einzelner Deutscher gegenüber den Ausschreitungen.

ler erarbeitet worden sind. Wir haben eine sehr ausführliche Diskussion geführt. Ich glaube, es waren gut drei Stunden, die wir über dieses Thema diskutiert haben, aber wir haben noch keine Beschlüsse gefaßt, weil in entscheidenden Punkten weiter diskutiert werden muß.

Deswegen haben wir im Bundesvorstand festgelegt, daß am nächsten Montag, dem 30. September, für den zunächst nur eine Präsidiumssitzung geplant war, eine weitere Bundesvorstandssitzung stattfinden soll, in der dann in Sachen Pflegeversicherung entschieden wird.

Im Laufe dieser Woche wird eine Arbeitsgruppe der Partei unter Leitung von Heiner Geißler zusammentreten, in der auch die Kollegen vertreten sind, die die Hauptlast der Diskussion getragen haben. Deren Arbeit soll so angelegt wer-

den, daß wir am nächsten Montag in einer Sitzung des Bundesvorstands eine definitive Entscheidung treffen können. Damit bleiben wir im Zeitrahmen: Wir können auf der Klausurtagung am 4./5. Oktober in Banz die Gespräche mit der CSU führen, und wir können dann auch die Gespräche mit der FDP beginnen.

Es geht darum, einen Beschluß zu fassen, der die Arbeitsgrundlage von CDU und CSU ist für die Gespräche mit der FDP. Denn wir wollen natürlich möglichst viel von unserem Beschluß in den Verhandlungen mit der FDP durchsetzen.

Klar ist im Bundesvorstand auch noch einmal geworden, daß es ausschließlich um eine Einigung innerhalb der Koalition geht und daß in keinem Fall daran gedacht ist, mit den Sozialdemokraten zu stimmen.



# Das Recht auf Asyl darf nicht durch Mißbrauch gefährdet werden

**Im Anschluß an die Sitzung des Bundesausschusses Innenpolitik der CDU am 19. September erklärte der Vorsitzende, Johannes Gerster, zur Asylrechtsdiskussion:**

Der hohe Asylbewerberzugang hält mit steigender Tendenz weiter an. Beantragten 1990 bereits 193 000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, so werden es in diesem Jahr deutlich mehr als 200 000 sein. In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben insgesamt 141 081 Ausländer einen Asylantrag gestellt, gegenüber 119 781 Personen im Vergleichszeitraum 1990. Das ist eine Zunahme um 17,8 Prozent. Eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, das Wachsen der Weltbevölkerung und zunehmendes Wohlstandsgefälle werden den Zuwanderungsdruck weiter verstärken. Angesichts der unverkennbaren Zuspitzung der Asylproblematik besteht dringender Handlungsbedarf.

Die hohen Zugänge asylbegehrender Ausländer stellen insbesondere die Kommunen, die für ihre Unterbringung zuständig sind, vor kaum noch zu lösende Aufgaben. Die damit verbundenen Probleme bergen die Gefahr einer abnehmenden Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung. Sie können auch dazu führen, daß in Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik schwindet, auftretende Probleme sachgerecht zu lösen.

Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes garantiert politisch Verfolgten Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Hieran halten wir fest. Wer aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen staatlichen Verfolgungsmaß-

nahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen der persönlichen Freiheit ausgesetzt ist, muß in unserem Land Schutz und Zuflucht finden können.

Bei der Entwicklung des Asylbewerberzugangs haben politische Verfolgungen als Flucht motive aber nur noch marginale Bedeutung. Überwiegend sind andere, vor allem wirtschaftliche Motive der Grund, einen Asylantrag zu stellen, um zumindest ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht zu erwirken. Das Asylrecht ist nicht das geeignete Instrument zur Linderung der wirtschaftlichen Not in anderen Ländern der Erde.

Ein großer Teil der Asylbegehrenden kommt aus Staaten, in denen keine politische Verfolgung (mehr) herrscht. Reise-

Die Möglichkeiten, unterhalb der Schwelle der Grundgesetzänderung den Asylmißbrauch zu unterbinden, sind so gut wie ausgeschöpft.

freiheit, Freizügigkeit, die wir alle wollen und begrüßen, kann aber nicht Niederlassungsfreiheit oder Einwanderungsfreiheit bedeuten.

Das Recht auf Asyl darf nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Deshalb muß ein Mißbrauch des Asylrechts durch eine verbesserte Regelung des Zugangs verhindert werden. Die Möglichkeiten, dem Mißbrauch des Asylrechts durch eine Straffung und Beschleunigung der Asylverfahren unter-



halb der Schwelle einer Grundgesetzänderung zu begegnen, sind so gut wie ausgeschöpft. Ebenso hat sich gezeigt, daß die Bemühungen der Länder, durch eine konsequente Abschiebep Praxis der Probleme Herr zu werden, weitgehend erfolglos geblieben sind.

Grundlegende Änderungen werden sich nur dann ergeben können, wenn zur Neuregelung des Asylverfahrens das Grundgesetz geändert wird. Dabei muß klar bleiben, daß den wirklich politisch Verfolgten auch weiterhin Schutz und Zuflucht zu gewähren ist. Es muß aber ausgeschlossen werden, daß sich auf das Asylrecht auch diejenigen berufen können, die unseres Schutzes nicht bedürfen, weil sie entweder nicht oder nicht mehr verfolgt und gefährdet sind.

Artikel 16 des Grundgesetzes in seiner gegenwärtigen Fassung verlangt, daß alle Asylanträge — auch offensichtlich unbegründete — individuell im Einzelfall geprüft werden müssen. Dies verbietet es, daß Angehörigen von Staaten, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, der Zutritt in die Bundesrepublik Deutschland verweigert oder daß deren Aufenthalt vor Beendigung des Verfahrens beendet werden kann. Ebensowenig kann Menschen, die in einem dritten Staat bereits vor politischer Verfolgung sicher waren, der Zutritt verweigert bzw. ihr Aufenthalt hier beendet werden, bevor ihr Anerkennungsverfahren beendet ist.

Artikel 16 des Grundgesetzes verhindert überdies, daß die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt an europäischen Lösungen teilnehmen kann, die festlegen, welcher Staat der Gemeinschaft welche Asylbewerber aufnehmen muß und welche er einem anderen abgeben kann. Derartiger europäische Lösungen bedarf es aber, denn kein Land kann das Zuwanderungsproblem für sich

alleine lösen. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem jetzigen Asylrecht ist in der Gefahr, zum Reserveasylland der EG zu werden. Es wäre unrealistisch zu glauben, daß bei den jetzt anstehenden Verhandlungen über eine Harmonisierung des Asylrechts in Europa die anderen Mitgliedstaaten ein unserem Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz entsprechendes Grundrecht auf Asyl akzeptieren.

Wir müssen deshalb die Möglichkeiten dafür schaffen, daß Asylbewerbern aus Staaten, in denen nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung (mehr) stattfindet, sowie Asylbewerbern, die aus sicheren Drittstaaten einreisen wollen, in denen sie in gleicher Weise Asyl beantragen könnten, der Zutritt verweigert bzw. der Aufenthalt vorzeitig beendet werden und die Bundesrepublik Deutschland im übrigen gleichberechtigt an europäischen Lösungen der Asyl- und Wanderungsprobleme teilnehmen kann. Dies ist nur möglich, wenn das Grundgesetz entsprechend geändert wird.

### **SPD-Verwirrspiel beenden**

Eine entsprechende Grundgesetzänderung darf nicht länger dadurch verhindert werden, daß sich die SPD, ohne deren Mitwirkung die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat nicht zu erreichen ist, weiter verweigert. Das öffentliche Wirwirrspiel der SPD und die Inflation einander widersprechender Meinungsäußerungen helfen nicht weiter. SPD, aber auch FDP, müssen sich ihrer Verantwortung stellen.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik begrüßt und unterstützt den Versuch, in Gesprächen zwischen den Koalitionsparteien und mit der SPD die notwendigen Mehrheiten für eine Grundgesetzänderung zu erreichen.



## Zuzahlung bei Arzneimitteln entschärft

# Weitere Verbesserungen in der Gesundheitsreform eingeführt

Ein Kern der Gesundheitsreform ist die Vereinbarung von Festbeträgen für Medikamente. Deshalb sah das Gesundheitsreformgesetz bisher vor, daß ab 1992 für Arzneimittel, für die noch kein Festbetrag vereinbart wurde, 15 Prozent vom Verkaufspreis oder maximal 15 DM vom Patienten zuzahlen sind.

Dadurch sollen Arzt und Patient veranlaßt werden, verstärkt Festbetragsmedikamente zu verschreiben bzw. nachzufragen. Je mehr Festbetragsmedikamente verordnet werden, desto weniger müssen die Patienten zuzahlen. Bisher sind allerdings erst für rund ein Drittel aller Medikamente Festbeträge vereinbart worden. Um die Versicherten nicht zu überfordern, hat die Bundesregierung eine neue Zuzahlungsregelung für Arzneimittel beschlossen. Künftig müssen nur noch höchstens 10 DM zugezahlt werden.

### Wo die Zuzahlung entfällt

Für diese Regelung gibt es folgende Ausnahmen:

- Für Arzneimittel, für die Festbeträge vereinbart wurden, entfällt jede Zuzahlung.
- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, Sozialhilfeempfänger, Kriegsopferfürsorgeempfänger, Arbeitslosenhilfeempfänger, BAföG-Empfänger, Empfänger bestimmter Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, Heimbewohner, deren

Heimkosten von der Sozialhilfe oder der Kriegsopferfürsorge bezahlt werden, brauchen keine Zuzahlung zu leisten.

### Befreit vor allem Rentner

● Versicherte, deren monatliches Familienbruttoeinkommen die Einkommensgrenze der Sozialklausel nicht überschreitet (Alleinstehende 1344 DM, Verheiratete 1848 DM) bleiben von einer Arzneimittel-Zuzahlung befreit. Wichtig ist, daß für die Versicherten in den neuen Bundesländern die Einkommensgrenze von bisher 700 DM auf die im Westen geltende Grenze angehoben wird. Damit bleibt rund die Hälfte aller Versicherten in den neuen Bundesländern derzeit von jeder Zuzahlung befreit. Das gilt vor allem für die Rentner.

● Die Versicherten werden durch die Überforderungsklausel vor einer finanziellen Überforderung geschützt. Wer ein jährliches Familienbruttoeinkommen von nicht mehr als 58.500 DM hat, zahlt maximal 2 Prozent seines Einkommens als Zuzahlung zu Arznei-, Verbands- und Heilmittel- sowie zu den Fahrtkosten. Bei einem höheren Einkommen liegt die Belastungsgrenze für die Zuzahlung bei maximal 4 Prozent des Einkommens.

Bei Medikamenten bis zu 20 DM — das sind immerhin fast die Hälfte aller zuzahlungspflichtigen Arzneimittelverordnungen — entlastet die neue Regelung die Versicherten gegenüber der bisher gültigen Rezeptgebühr von 3 DM.



## Nach wie vor hohes Privatisierungstempo

**Die Privatisierung von Unternehmen in den neuen Bundesländern setzt sich weiter in hohem Tempo fort. Die Treuhandanstalt hat bis Ende August 3378 Unternehmens- und Teilverkäufe genehmigt.**

Bei den Privatisierungen liegt das Land Sachsen mit 954 Unternehmen nach wie vor an der Spitze. Es folgen Thüringen mit 620 und Sachsen-Anhalt mit 602. In Mecklenburg-Vorpommern fanden 492, in Brandenburg 482 und in Berlin 228 Unternehmen einen privaten Investor.

Damit sind für fast 580 000 Arbeitnehmer Arbeitsplatzzusagen erreicht worden. In den privatisierten Unternehmen wurden bereits mehr als 20 000 Arbeitnehmer neu eingestellt. Bis zum Jahresende 1991 wird mit etwa 80 000 Neueinstellungen gerechnet. Die neuen Eigentümer gaben bisher Investitionszusagen von 70,4 Milliarden

DM. Die Verkaufserlöse der Privatisierung sind auf 12,5 Milliarden DM angestiegen.

Der mit Abstand wichtigste ausländische Investor ist die französische Wirtschaft. Von 156 Unternehmen, die die Treuhandanstalt an ausländischen

## Erhalt von 55 300 Arbeitsplätzen gesichert

Investoren veräußert hat, sind 47 an französische Unternehmen gegangen. Insgesamt haben ausländische Unternehmen bisher 6,4 Milliarden DM in den neuen Bundesländern investiert. Sie sichern den Erhalt von 55 300 Arbeitsplätzen.

Die Privatisierung der rund 8 000 Unternehmen mit 45 000 Betriebsstätten ist ein wichtiger Beitrag für die Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Die Investitionen der neuen Eigentümer tragen wesentlich zur Belebung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern bei.

Neben der neuen Zuzahlungsregelung sieht der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf weitere Verbesserungen für die Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen vor:

- Die Freistellung bei der Pflege erkrankter Kinder wird familienfreundlicher gestaltet. Künftig kann jeder Ehepartner 10 Tage, Alleinerziehende sogar 20 Tage für die Pflege kranker Kinder von der Arbeit freigestellt werden. Gleichzeitig wird die Altersgrenze für die erkrankten Kinder von 8 auf 12 Jahre angehoben.
- Die Inanspruchnahme der häuslichen

Pflegehilfen für die Schwerstpflegebedürftigen wird erleichtert. Künftig reicht eine Vorversicherungszeit von 15 Jahren aus.

- Beim Zahnersatz wird eine gleitende Härtefallregelung eingeführt. Bisher galt das Prinzip „Alles oder Nichts“; wer nur geringfügig über den Einkommensgrenzen der Sozialklausel lag, mußte seine volle Eigenbeteiligung zahlen. Im Interesse der Versicherten wird nun eine stufenweise Eigenbeteiligung eingeführt, mit der die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Patienten besser berücksichtigt werden können.



# Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen bleibt erhalten

In diesen Wochen wird das Steueränderungsgesetz 1992 breit diskutiert. Für die Diskussionen vor Ort hat der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, die folgenden Argumente formuliert:

- Die Ziele Verbesserung der Finanzsituation der Familien und steuerliche Entlastung der Betriebe zur Sicherung von Arbeitsplätzen im künftigen EG-Wettbewerb sind erklärte Ziele der Unionspolitik, die auch die Kommunalpolitiker der Union überall offensiv vertreten sollten.
- Für die Steuerausfälle der Kommunen bei der Gewerbesteuer gibt es Ausgleich durch Senkung der Gewerbesteuerumlage und Abbau von Vergünstigungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer. Der Bundesschatzmeister der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV), Jochen Grünwald, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, hat in dieser Sache sehr nachhaltig die kommunalen Interessen vertreten. Er hat ein Informationspapier für die Kommunalpolitiker der Union zugesagt.
- Sehr wichtig ist, daß die Gewerbesteuer nach wie vor als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleibt,

wie es Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Gewerbesteuergarantie versprochen hat. Die Initiativen zugunsten der Betriebe betreffen nur einige Prozentpunkte des Gesamtaufkommens. Es ist besonders bedeutsam, dies herauszustellen; denn die FDP hat den politischen Willen, die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen.

- Die SPD startet wieder Angriffe auf die Bundesregierung wegen dieses Steueränderungsgesetzes und behauptet Benachteiligungen der Gemeinden. Dem sollten wir offensiv begegnen. Alle Tatsachen und Erfahrungen lehren: Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit entsprechender Förderung der Betriebe ist die beste Initiative für die kommunalen Kassen.
- Außerdem bringt das Steueränderungsgesetz 1992 nach dem Willen der Bundesregierung zusätzlich 10,5 Mrd. DM für Maßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in den Jahren 1992 bis 1995. Das bringt zusätzliche Möglichkeiten für öffentlichen Personennahverkehr und kommunalen Straßenbau. Im einzelnen sind es 1,5 Mrd. DM mehr im Jahr 1992 und je 3 Mrd. DM mehr in den Jahren 1993 bis 1995. Die Kommunen müssen nachdrücklich darauf achten, daß sie das Geld nach ihren Bedürfnissen von den Ländern erhalten, denen es der Bund gibt.

## Lohn- und Umsatzsteueraufkommen gestiegen

Bund und Länder haben im ersten Halbjahr dieses Jahres 273,5 Milliarden Mark Steuern eingenommen. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums stiegen das Lohnsteueraufkommen im alten Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr um 14,3 Prozent und die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 23,7 Prozent.



# Verbesserter Hochschulzugang für Absolventen des dualen Systems

**Zur Erhöhung der Attraktivität der beruflichen Bildung fordert der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Graf von Waldburg-Zeil:**

Bei einem Gespräch Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Vorstand des Kuratoriums der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung bestand Einigkeit darüber, daß die zunehmenden Probleme von Handel, Handwerk und Industrie, ausreichende Fachkräfte zu finden, nur gelöst werden können, wenn es zu einer deutlichen Korrektur der bisherigen Bildungspolitik kommt. Dabei gilt es, endlich zu einer wirklichen Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung zu gelangen.

In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang von gut 15 Prozent auf heute knapp 30 Prozent gestiegen. Immer weniger Jugendliche wollen eine duale Ausbildung und daran eine Facharbeitertätigkeit anschließen. Andererseits werden auch in der

Zukunft etwa zwei Drittel aller Beschäftigten für Facharbeitertätigkeiten benötigt. Diesem Auseinanderklaffen von Bildungs- und Beschäftigungssystem gilt es zu begegnen.

Das Programm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Begabtenförderung in der beruflichen Bildung, mit dem jährlich 3.300 begabte Berufstätige gefördert werden sollen, ist hier ein erster Schritt zur Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung. Der Haushaltsentwurf für 1992 der Bundesregierung sieht hier eine Verdoppelung der Mittel für das Programm auf 20 Millionen Mark vor.

In diesem Zusammenhang ist als weiterer Schritt ein erleichterter Zugang zu Hochschulen für Absolventen des dualen Systems zu fordern und so die Durchlässigkeit zwischen dem Bereich der beruflichen Bildung und dem Hochschulbereich zu erhöhen. Nur mit einer solchen Maßnahme kann eine deutliche Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung und Fachkräfteberufe erleichtert werden und zugleich die Schulwahlentscheidung der Eltern in Richtung duales System beeinflußt werden.

## Bundesminister Günther Krause voll entlastet

Bundesverkehrsminister Günther Krause ist durch den Bericht des Bundesrechnungshofes über die Vorgänge zur Konzessionsvergabe für Autobahnraststätten in den neuen Bundesländern voll entlastet worden! **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestanden nie Zweifel am rechtmäßigen Verhalten des heutigen Bundesverkehrsministers. Es ist nun an der Zeit, daß sich die SPD bei Bundesminister Günther Krause für ihre Rufmordkampagne in den Sommermonaten 1991 entschuldigt, wenn sie noch einen Funken Anstand verspürt.



# Besserer Betreuungsunterhalt für die unverheiratete Mutter

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Rahmen ihres Gesetzentwurfes zum Schutz des ungeborenen Lebens beschlossen, auch das Bürgerliche Gesetzbuch zur Verbesserung des Betreuungsunterhaltsanspruches der Mutter eines nichtehelichen Kindes zu verändern.**

Nach geltendem Recht hat der Vater maximal bis ein Jahr nach der Entbindung der Mutter eines nichtehelichen Kindes Unterhalt zu leisten. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht vor, diesen Zeitraum auf drei Jahre zu erweitern. Außerdem werden die Voraussetzungen für einen Unterhaltsanspruch der Mutter vereinheitlicht und gleichgestellt, also unabhängig davon, ob es sich um ein eheliches oder nichteheliches Kind handelt.

**Reinhard Göhner**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz: Mit dieser erheblichen Verbesserung des Betreuungsunterhaltsanspruches der Mutter eines nichtehelichen Kindes wird zugleich ein wichtiger Beitrag zum Schutz des ungeborenen Lebens geleistet.

Gerade für die soziale Situation der unverheirateten Mutter eines nichtehelichen Kindes ist der Unterhaltsanspruch gegenüber dem Vater von ausschlaggebender Bedeutung. Das geltende Recht

diskriminiert die Mutter eines nichtehelichen Kindes, weil bisher der Unterhaltsanspruch sowohl von der Dauer als auch den sachlichen Voraussetzungen her sehr beschränkt ist. Es muß aber gewährleistet werden, daß die Mutter mindestens bis zum Kindergartenalter ihres Kindes einen Unterhaltsanspruch hat, um gegebenenfalls auf Erwerbstätigkeit verzichten zu können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die erste und bisher einzige Fraktion, die für die Verbesserung des Betreuungsunterhaltsanspruches der Mutter eines nichtehelichen Kindes einen konkreten Vorschlag vorlegt. Immerhin wird der Unterhaltsanspruch auf drei Jahre und damit um das Dreifache verlängert. Es ist zu hoffen, daß sich auch die FDP- und SPD-Bundestagsfraktion diesem Vorschlag anschließen werden.

Der Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht in diesem Punkt zugleich über die bisherige Koalitionsvereinbarung hinaus. Die Koalitionsvereinbarung sieht lediglich vor, das Recht der nichtehelichen Kinder umfassend zu überprüfen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält an dieser Absicht fest, will aber im Vorgriff auf diese Prüfung die Verbesserung des Betreuungsunterhaltsanspruches im Rahmen der Gesetzgebung zum Schutz des ungeborenen Lebens regeln.

## Sonderausschuß für die Reform des § 218 geplant

Für die Beratung der neuen Regelung des § 218 im geeinten Deutschland soll der Bundestag einen eigenen Ausschuß einsetzen. Den Vorsitz beansprucht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



# Die Bundeswehr muß sich an Aktionen zur Friedenssicherung beteiligen können

**Paul Breuer, Beauftragter der CDU für die Bundeswehr, über den ersten Bericht, den Alfred Biehle als Wehrbeauftragter am 19. September dem Parlament erstattet hat:**

Die Integration des Personals in den neuen Bundesländern, der Abbau der Personalstärke der Bundeswehr, aber auch die Golf-Krise markierten eine Entwicklung, die ihren besonderen Niederschlag in der Arbeit des Wehrbeauftragten finden mußte.

Die große Quote der Eingaben aus den neuen Bundesländern dokumentiert das hohe Ansehen des Wehrbeauftragten und das Vertrauen zu seinem Amt.

Die Institution verdeutlicht zugleich Bürgern und Soldaten des Beitrittsgebietes, daß mit der hervorgehobenen Stellung des Wehrbeauftragten das innere Gefüge unserer Bundeswehr sehr aufmerksam beobachtet wird.

Dieser Bericht des Wehrbeauftragten zeigt nicht nur Defizite und mögliche Fehlentwicklungen in Richtung Ministerium oder militärischer Führung, sondern verlangt von uns Parlamentariern, von der Politik politische Klärungen.

Er fordert uns auf, die Antwort zu geben, welche künftigen Einsätze im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit auf welchen verfassungsrechtlichen Grundlagen möglich sein sollen.

Ich halte es für ein Gebot dieser Verantwortung, daß sich die Bundeswehr an Aktionen zur Friedenssicherung oder Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann. Diese Option gilt im Rahmen eines Einsatzes der UN oder auch im Auftrag des freien Europas.

Ebenso deutlich sage ich, daß rein nationale Einsätze ohne UN-Mandat oder außerhalb einer europäischen Struktur nicht zur Debatte stehen.

Ein ganz wichtiges Feld im Zusammenhang mit der durch die veränderte sicherheitspolitische Lage mögliche reduzierte Personalstärke ist die Wehrgerechtigkeit.

Wir haben davon auszugehen, daß für 145 000 Wehrdienstplätze in der zukünftigen Personalstruktur der Bundeswehr bei einem 12monatigen Grundwehrdienst etwa 154 000 Grundwehrdienstleistende benötigt werden, um Ausfälle usw. ausgleichen zu können.

Es darf nicht sein — und das ist auch für die Motivation der Grundwehrdienstleistenden wichtig, daß Wehrgerechtigkeit formal nur dann entsteht, wenn genügend Untaugliche und Kriegsdienstverweigerer vorhanden sind.

## Innere Führung

Der Bericht des Wehrbeauftragten widmet berechtigterweise ein deutliches Augenmerk auf den Teil unserer Bundeswehr in den neuen Ländern.

Neben dem Hinweis auf Mängel in der Infrastruktur, der Wohnungsfürsorge und den gewaltigen Aufgaben beim Umweltschutz gilt die Aufmerksamkeit der „Inneren Führung“.

Ich schließe mich der Bewertung von Alfred Biehle an, daß trotz geringerer Eingaben zum Thema Menschenführung diesem Bereich keinesfalls weniger Bedeutung zugemessen werden darf.

Nach meiner Beobachtung ist es der Bundeswehr in den neuen Ländern gelungen, dem Prinzip der Inneren Führung die Tür weit zu öffnen.



## Bundesfachausschuß Außenpolitik konstituiert

# Menschenrechte weltweit schützen

**In Anwesenheit von Generalsekretär Volker Rühle hat sich der Bundesfachausschuß Außenpolitik der CDU konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Elmar Brok MdEP, Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion, gewählt. Zu seinen Stellvertretern wählte der Bundesfachausschuß Friedbert Pflüger, Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, sowie Burkhard Dobiey.**

Schwerpunkte der Arbeit des Bundesfachausschusses wird die Frage nach der Zukunft Europas und dem Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung sein. Der Bundesfachausschuß hob die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses hervor. Auch beschloß der Bundesfachausschuß, sich eingehend um den Aufbau der Kontakte zu den jungen demokratischen Parteien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion zu bemühen.

Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sieht der Bundesfachausschuß in dem Ausbau des transatlantischen Verhältnisses, der Lösung regionaler Konflikte sowie in dem weltweiten Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten. Der Bundes-

fachausschuß betonte, daß auch angesichts des epochalen Umbruchs in Europa die Außenpolitik des vereinten Deutschland als Teil des geeinten Europa neu zu bestimmen sei. Die Diskussion über die gewachsene Verantwortung Deutschlands zu führen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, sei die entscheidende Aufgabe des Bundesfachausschusses.

Der Bundesfachausschuß will dazu beitragen, die innerparteiliche Diskussion über die außenpolitischen Fragen zu intensivieren und das außenpolitische Profil der CDU zu stärken.

Im Hinblick auf die andauernden Kämpfe in Jugoslawien unterstützte der Bundesfachausschuß die Forderung von Generalsekretär Volker Rühle, daß die EG zum Handeln gezwungen sei, falls die Vermittlungsmission des von der EG eingesetzten früheren britischen Außenministers Lord Carrington in Jugoslawien scheitern sollte. Deutschland und möglichst viele andere Länder der Europäischen Gemeinschaft müßten dann Kroatien und Slowenien anerkennen, um eine Internationalisierung des Konfliktes zu erreichen.

## Seniorenministerin startet Telefonkette

Einen guten Draht zu alten Menschen bewies Hannelore Rönsch, als sie am 18. September eine Telefonkette startete und mit der ersten von mittlerweile neun Damen telefonierte, die sich in einer Telefonkette zusammengefunden haben. Durch einen täglichen Rundruf der Mitglieder der Telefonkette wird festgestellt, ob jedes Mitglied wohlauf ist. Wird die Kette einmal unterbrochen, kann unverzüglich in der Wohnung des Betroffenen nachgeschaut werden. Eine Erkrankung, ein Unfall oder eine Notsituation kann auf diese Weise schnell festgestellt und die nötige Hilfe herbeigeholt werden.



## Rundfunkstaatsvertrag:

# Signal für die Anstalten auf Grün, rot sieht nur der Gebührenzahler

**Beim Kaminesgespräch wurden die entscheidenden Weichen gestellt — endlich: Nach monatelangem Tauziehen haben sich die Ministerpräsidenten am 31. August 91 auf einen neuen Rundfunkstaatsvertrag geeinigt.**

Damit sind — beinahe ein Jahr nach der Wiedervereinigung überfällig — die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine einheitliche duale Rundfunkordnung in ganz Deutschland geschaffen worden: Das von Journalisten zu Recht Magna Charta des Rundfunks genannte Vertragswerk gewährleistet Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; privaten Veranstaltern werden Ausbau- und Fortentwicklung ihrer Sendekapazitäten ermöglicht.

Chancengleichheit für öffentliche und private Rundfunkanbieter ist damit auch für die neuen Bundesländer zumindest auf dem Papier weitgehend garantiert; Realität ist sie allerdings noch lange nicht: Nach der Wiedervereinigung hatte der öffentlich-rechtliche Rundfunk dort einen enormen Startvorsprung. Die rechtlichen Grundlagen für Privatsfunk entstehen in den einzelnen Ländern erst jetzt; es bleibt zu hoffen, daß durch zügige Frequenzvergabe den Privaten doch noch eine faire Chance geben wird.

Selbst mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk steht es in den neuen Bundesländern nicht zum besten: Mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) ist nur eine leistungsfähige neue Anstalt geschaffen worden. Die Entscheidung der Schweriner Landesregierung, mit dem

NDR zu kooperieren, stellt nur die zweitbeste Lösung dar:

Die Bildung einer nordostdeutschen Rundfunkanstalt mit Berlin und Brandenburg hätte die rundfunkpolitischen Probleme in Ostdeutschland mit einem Schlag gelöst. So ist nun zu befürchten, daß mit Radio Brandenburg ein weiterer Minisender à la Radio Bremen oder à la Saarländischer Rundfunk entsteht, der nur durch ständige Finanzspritzen der ARD und damit letztlich auf Kosten der Gebührenzahler, die diese Programme überhaupt nicht empfangen können, am Leben gehalten wird. Bei aller Liebe für

**Von Joseph-Theodor Blank,  
medienpolitischer  
Sprecher der CDU/CSU-  
Bundstagsfraktion**

regionale Identitätssuche — als Feigenblatt für Parteitaktik und kulturelle Eigenbrötelei taugt sie nicht. Ein klares Signal der Ministerpräsidenten hätte hier vielleicht auf den rechten Weg geführt.

Was wir brauchen, jetzt, nach der wirtschaftlichen und politischen Einigung Deutschlands, ist ein konkurrenzfähiger nationaler Hörfunk, der durch flächendeckende Versorgung der Bevölkerung den geistigen Prozeß des Zusammenwachsens fördern kann.

Und was sollen wir bekommen? Eine „Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF“, die unter Beibehaltung der



bisher genutzten Frequenzen die bisherigen drei Programme des Deutschlandsfunks, des RIAS 1 und des Ex-DDR-Senders DS-Kultur betreiben soll.

Ein solcher nationaler Rundfunk verdient seinen Namen nicht: Bei Beschränkung auf bisher genutzte Frequenzen rückt eine flächendeckende Versorgung in weite Ferne!

Drei Programme mit teilweise identischem Inhalt machen sich gegenseitig Konkurrenz und verursachen unnötige Kosten! Sinnvoller ist die Beschränkung auf jeweils ein Kultur- (RIAS 1/DS-Kultur) und ein Informationsprogramm (DLF) unter Ausnutzung aller verfügbaren Frequenzen.

Soll demnächst jede einzelne Rundfunkanstalt im neuen Hörfunk ihr Süppchen kochen? Die Unabhängigkeit der Programmgestaltung muß gesichert sein; der neue Sender darf nicht etwa von vornherein am finanzpolitischen Tropf der konkurrierenden ARD hängen.

Sinnvoll ist vielmehr die Gründung einer selbständigen Rundfunkanstalt oder gar die Angliederung an das ZDF: Konkurrenz besteht nicht, da das ZDF bisher nur Fernsehen betreibt; Kosten könnten durch Nutzung vorhandener Strukturen gespart werden und vor allem: Ein nationaler Hörfunkauftrag ergänzte ideal den bereits bestehenden deutschlandbezogenen Sendeauftrag des ZDF!

Es ist bedauerlich, daß die Länderchefs dafür nicht den Weg freigegeben haben. Grünes Licht haben sie allerdings für die Gebührenerhöhung gegeben: Mit beinahe 300 DM jährlich zahlen unsere Bürger künftig die dritthöchsten Gebühren in Europa. Zwar haben die Ministerpräsidenten die 20-Uhr-Werbegrenze nicht gelockert und damit der Versuchung widerstanden, den Öffentlich-rechtlichen zu Lasten der Privaten ein noch größeres

Stück vom Werbekuchen zu genehmigen, auch ist ein Teil des 4,80 DM-Aufschlags an bestimmte Projekte, wie die Neuordnung der Bundesrundfunkanstalten gebunden, 2,30 DM fließen aber dennoch in die Kassen unserer Rundfunkanstalten und dies, obwohl zuletzt erst am 1.10.1990 an der Gebührenschaube gedreht worden war.

Um es ohne Umschweife und direkt zu sagen: Diese Gebührenerhöhung ist überhöht! Nachdem die Intendanten monatelang mit dem Klingelbeutel durch die Lande gezogen sind, konnten sie nun die Ernte einfahren — und beginnen, neue Ausgaben zu planen:

Für die Ausstrahlung eines dreistündigen Frühstückfernsehens für ARD und ZDF fordert der WDR 107 zusätzliche Planstellen; und damit nicht genug: ab 7. Oktober startet WDR 5 — die fünfte ebenso kostentreibende wie überflüssige Hörfunkkette der einzigen Verwaltung in Deutschland, die Rundfunk betreibt.

Mit Rundfunk-Grundversorgung hat diese Art von Rundfunkpolitik längst nichts mehr zu tun — das Gebührenprivileg wird zum Privileg weitgehend unkontrollierter Expansion; ob der Gebührenzahler daran interessiert ist, interessiert nicht — Hauptsache, er zahlt!

Das ist der eigentliche Grund für die Bauchschmerzen, die die Durchsicht des voluminösen Vertragswerks verursacht. Es sind wieder einmal zu viele Kompromisse eingegangen worden; überall sind Sonderinteressen aneinander geraten, deren Ausgleich oft nur noch verbal erfolgt ist. Der Mut für einen Kurswechsel in der entscheidenden Finanzfrage, der Mut zu der dringend notwendigen Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hat gefehlt. So bleibt das Signal für die Anstalten auf Grün. Rot sieht nur der Gebührenzahler. ■



## 7. Kreisverbands-Konferenz in Creuzburg

# Ost und West mit einer Stimme

Die 7. Kreisverbands-Konferenz der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, erstmals in den neuen Bundesländern, hat gezeigt: Die Mittelständler aus Ost und West haben zusammengefunden. Es gibt nicht mehr Ost- und Westprobleme, sondern nur noch gemeinsame Sorgen und gemeinsame Forderungen. Die Konferenz am 6./7. September in Creuzburg verabschiedete einen Forderungskatalog, damit sich der Mittelstand in den neuen Bundesländern und in Berlin noch besser entwickeln kann.

Hans-Ulrich Köhler, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, brachte diese Forderungen ein. Sie sind von den Mittelstandsvereinigungen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen einstimmig erarbeitet worden und zeigen die dringendsten Handlungsfelder auf:

- Gesetzesinitiative zum Schutz von Mietern von Gewerberäumen vor existenzgefährdenden Kündigungen und extremen Mieterhöhungen
- Anwendung der Baunutzungsverordnung und des Planungsrechts zur Begrenzung der Verkaufsflächen auf der grünen Wiese
- Entwicklung mittelständischer Strukturen durch die Treuhandanstalt
- Stärkere Berücksichtigung des Mittelstandes bei den Tarifabschlüssen durch regionale und strukturelle Differenzierungen, eine Abkehr von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträ-

gen und eine verstärkte mittelstandspolitische Präsenz in Tarifkommissionen

- Ausreichende Bereitstellung von Gewerberäumen und -flächen durch Landkreise und Kommunen und stärkere Berücksichtigung des heimischen Mittelstandes bei deren Vergabep Praxis unter Ausschöpfung der Möglichkeiten durch das Investitionsenthemmungsgesetz zugunsten des heimischen Mittelstandes
- Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ausschaltung von Mißbräuchen durch die zuständigen Kontrollorgane
- Qualifizierungsoffensive für den Mittelstand unter Nutzung der Chancen und Möglichkeiten des Arbeitsförderungs-gesetzes
- Schnellerer Ausbau der touristischen Infrastruktur
- Entzerrung der Öffnungszeiten bei Banken, Sparkassen und öffentlichen Einrichtungen auch durch Mehrschichtbetrieb
- Stärkere Berücksichtigung des heimischen Mittelstandes bei Ausschreibungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften auch durch Splitten des Ausschreibungsumfanges in mittelstandsverträgliche Lose
- Einrichtung einer Konzentrationsenquetekommission des deutschen Einzelhandels, insbesondere zur Untersuchung der Vorgehensweise der westdeutschen Einzelhandelsketten in den neuen Bundesländern sowie der Privatisierungspraxis der Gesellschaft zur Privatisierung des Handels (GPH) der Treuhandanstalt
- Verabschiedung von Mittelstandsgeset-



## Handbuch zur örtlichen und regionalen Familienpolitik

*Handreichung für familienpolitisch  
Interessierte in Kommunalparla-  
menten, Verbänden, Betrieben und  
Selbsthilfegruppen*

Daß Familienpolitik in der Kommune weit mehr sein muß als gelegentliche Förderung der Familie, wird immer deutlicher. Schon heute werden neben der Kommunalpolitik und der Verwaltung zahlreiche Akteure familienpolitisch wirksam, wie z. B. Selbsthilfeinitiativen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vermieter, Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte, Schulen, Parteien, Vereine und die Familien selbst. Sie handeln jedoch oft genug in ihren „Zuständigkeitsinseln“. Koordination mit anderen Akteuren oder Trägern fehlt.

Örtliche und regionale Familienpolitik muß deshalb Strukturen schaffen, die eine Rücksichtnahme auf die Belange der Familien institutionalisiert. Dazu tragen Familienkommissionen, fami-

lienpolitische Foren, ein Familienbericht und ein Familienprogramm bei. Wir brauchen eine Vernetzung familienpolitischer Maßnahmen, um Familien zu stärken und Hilfen anzubieten, wenn ihre Kraft nicht reicht.

Der vorliegende Band ist eine Fundgrube für vielfältige Initiativen: familiengerechte Wohnungen, Siedlung und Umwelt, Arbeitswelt, familienergänzende Betreuung und Erziehung, Familienbildung und Familienberatung, Gesundheitswesen und soziale Dienste.

Wer praxisorientierte Darstellung und konkrete Beispiele sucht, ist mit diesem Handbuch bestens ausgestattet. Es zeigt auf, was in einem Familienbericht als Grundlage für ein familienpolitisches Programm erfaßt werden sollte.

**Der Band ist herausgegeben vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung in Hannover im Auftrag des Bundesministers für Familie und Senioren. Er ist zu beziehen über das Bundesministerium für Familien & Senioren, Godesberger Allee 140, 5300 Bonn 2, demnächst auch über den Buchhandel.**

zen und Mittelstandsförderprogrammen durch alle Landesregierungen in den neuen Bundesländern

- Unterbindung von unfairem Wettbewerb durch in Regie der Treuhand befindliche Unternehmen mit Dumpingpreisen
- Schnellere Regelung der offenen Vermögensfragen.

Endlich einmal, so einhellige Meinung der rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, standen die Information, die Kommunikation miteinander und die Diskussion über Sorgen und Probleme im Mittelpunkt. Statt langatmiger Grußworte und vieler Politikerreden war dies ein Kongreß der offenen Foren und Diskussionsrunden. ■



# Trend zum Nichtwählen stoppen

**Den Trend zum Nichtwählen zu stoppen, ist eine der großen Aufgaben der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland für die kommenden Jahre. Nachdem zwischen 1983 und 1987 die Wahlbeteiligung bereits um 5,3 Prozent (bei jungen Frauen fast 10 Prozent) nachgelassen hatte, ist sie zwischen 1987 und 1990 um fast 7 Prozent von 83,1 Prozent auf 76,3 Prozent (bei jungen Frauen um über 10 Prozent) gefallen.**

Mittlerweile gibt es Landtagswahlen wie z.B. zur Hamburger Bürgerschaft 1991, wo die Partei der Nichtwähler zur stärksten Partei geworden ist. Bei der Bundestagswahl 1990 sind die Nichtwähler bereits bei jungen Bürgern bis 30 Jahren zur stärksten Partei geworden.

Zu beachten ist, daß die Zahl der Nichtwähler nicht einheitlich steigt, sondern sich auf jüngere bis 35 Jahre konzentriert und hier insbesondere auf jüngere Frauen. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Entwicklung auch eng mit dem Defizit der CDU an weiblichen und jüngeren Mitgliedern zusammenhängt. Der Frauenanteil ist mit 23 Prozent in den alten Bundesländern (neuen Bundesländer 43 Prozent) zu niedrig. Nur 6,6 Prozent der Mitglieder der CDU sind jünger als 30 Jahre.

Obwohl jüngere Frauen politisch interessiert sind, verweigern sie weitgehend die Mitarbeit und das Engagement in politischen Parteien. Eine neue Untersuchung (1991) kommt zu folgendem Schluß: „Die Anteilnahme am politischen Geschehen ist insbesondere bei den alleinstehenden jungen ledigen Frauen mit einer starken Orientierung an den sogenannten neuen, postmaterialistischen Werten verbunden,

bei der der Mitbestimmung, der politischen Einflußnahme und der freien Meinungsäußerung der Bürger ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Vor allem bei den alleinlebenden jungen, ledigen Frauen kann somit von einem verstärkten politischen Bewußtsein ausgegangen werden. Zur politischen Beteiligung alleinstehender Frauen läßt sich somit sagen, daß zwar ein vergleichsweise ausgeprägtes politisches Bewußtsein vor allem bei jün-

**Von Maria Böhmer,  
Vorsitzende des  
Bundesfachausschusses  
Frauenpolitik**

geren Frauen vorhanden ist, aber entsprechende Aktivitäten der politischen Einflußnahme meist dahinter zurückbleiben.“

Für die CDU müssen folgende Konsequenzen gezogen werden:

- Frauen suchen Formen des politischen Engagements abseits von etablierten Parteien, außerhalb hierarchisch organisierter und zumeist von Männern beherrschter Institutionen. Konsequenz: Die Frauen in der CDU müssen verstärkt in Organisationen im vorpolitischen Raum aktiv werden. Junge Frauen müssen da aufgesucht werden, wo sie sind.
- Die CDU muß in ihren Veranstaltungsformen mehr auf die zeitlichen und inhaltlichen Bedürfnisse von Frauen eingehen. Konsequenz: Frauenthemen nur in Wahlkampfzeiten anzusprechen, hat wenig Zweck, sie müssen kontinuierlich angeboten werden. Dabei muß das vor allem auch von den männlichen Man-



## Eichholzer Informationsforum zur Jugendpolitik

**Was bekümmert die Jugend? —  
Wer kümmert sich um die Jugend?  
Anfragen an Jugendverbände und  
Jugendpolitik**

15. bis 16. November 1991 in Schloß  
Eichholz, Wesseling

Die wichtigsten Themen:

- Jugend in Deutschland — Befindlichkeiten und Entwicklungslinien
- Neue Formen der Jugendarbeit — Ziele, Schwerpunkte, Programme

- Aufgaben und Ziele deutscher Jugendpolitik
- EG 93 und politischer Wandel in Europa — Perspektiven für eine internationale Jugendarbeit

Informationen/Anmeldung:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Institut für Politische Bildung  
Schloß Eichholz  
Postfach 13 31  
5047 Wesseling**

datsträgern geschehen. Frauenpolitik darf auch nicht „nur“ als Familienpolitik verkauft werden.

● Die CDU muß sich offen, in allen Konsequenzen zu den Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Männern und Frauen (Essener Parteitag 1985) bekennen und danach handeln. Konsequenz: Die Beschlüsse von 1985 müssen Bestandteil der Parteiarbeit und der Politik werden. Es ist wenig überzeugend, wenn auf kommunaler Ebene die Einrichtung von Gleichstellungsstellen nur halbherzig unterstützt wird, obwohl sie zur Durchführung von Politik für Frauen außerordentlich wichtig ist und diese Institutionen in den Leitsätzen gewürdigt werden.

● Seit dem Bremer Parteitag von 1989 besteht die Möglichkeit, Frauen in die Frauen-Union aufzunehmen, ohne daß diese Frauen Mitglieder in der CDU werden. Diese Möglichkeit wird so gut wie nicht genutzt. Ein Grund liegt darin, daß sie zu wenig bekannt ist.

Konsequenz: Die CDU muß in einem ersten Schritt durch eine Diskussions- und Informationskampagne mit der Frauen-Union ihr Verhältnis zu den jüngeren Frauen aufarbeiten und die von der Parteisatzung gegebenen neuen Beteiligungsmöglichkeiten bekanntmachen.

### Reformprozeß voranbringen

Der Bundesfachausschuß „Frauenpolitik“ der CDU sieht es als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, an der Umsetzung dieser Vorschläge intensiv mitzuwirken und damit den Reformprozeß der Partei voranzubringen. Es ist deshalb auch besonders zu begrüßen, daß die von der CDU eingerichtete Organisations-Kommission neue Wege und Formen der Parteiarbeit mit dem Ziel diskutiert, gerade auch das politische Engagement junger Frauen zu wecken und auch insoweit das Jahr 1992 zum Jahr der Parteireform zu machen. Für die Identität der CDU und die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei werden damit entscheidende Signale gesetzt.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Materialien für die Parteiarbeit

# Werden auch Sie Mitglied in der

# Senioren Union



**Faltblatt:**  
Bestell-Nr.:  
2426  
Mindest-  
abnahme:  
100 Expl.  
Preis je  
100 Expl.:  
17,50 DM

(Die Preise  
verstehen  
sich inklusive  
Versand,  
zuzüglich  
Mehrwert-  
steuer)

Zu bestellen bei:

**IS-Versandzentrum**  
Postfach 1328  
4808 Vermold

## Die Zukunft menschengerecht gestalten



**Broschüre:** Bestell-Nr.: 5427  
Mindestabnahme: 25 Expl.  
Preis je 25 Expl.: 32,— DM

# UiD

29/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300  
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-  
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Ver-  
trieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr.  
Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto  
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln  
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:**  
jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.